

Vier „Olympiaturme“ für Zeholfing?

Beim Thema Windkraft werden die Landauer Bürgermeisterkandidaten ausführlich. Zum Landkreis-Rufbus „Landi“ wird beim LZ-Polit-Talk explizit nur einer befragt.

Von Alexander Praxl

Landau. Eine Frage zu einem Thema, das bisher im Wahlkampf noch gar nicht vorgekommen sei, hat der Zuschauer Ferdinand Lex vor Kurzen beim Polit-Talk der Landauer Zeitung gestellt: Im Landauer Gemeindegebiet seien „mehrere Windräder mit ungefähr 300 Metern Höhe“ geplant, „sechs Mal so hoch wie das Einhell-Hochregallager.“ Lex wollte wissen, wie die Bürgermeisterkandidaten dazu stehen.

Mit der kürzesten Antwort des Abends eröffnete SPD-Kandidat Daniel Lang die Runde: „Wie stehe ich dazu? Positiv!“ Für seine ebenso knappe wie eindeutige Antwort bekam er viel Applaus.

Etwas ausführlicher und deutlich skeptischer fiel dagegen die Antwort von Thomas Mayr (AfD) aus, der nach Lang antworten durfte: Windräder seien „aus vielerlei Hinsicht nicht so gut“, sagte Mayr – „auch unter der Prämisse, dass wir nicht die Möglichkeit haben, den Strom zu speichern.“ So lange sich in Sachen Speichertechnik nichts tue, würden Windräder „generell nicht so viel Sinn machen“, fand der AfD-Kandidat.



Fast 300 Meter könnten bei Zeholfing die Windräder in den Himmel ragen – etwa so hoch wie der Münchner Olympiaturm, wie Bürgermeisterkandidat Thomas Lorenz (UWG/FWG) erklärte. Symbolfoto: Sven Hoppe/da

Pflicht zur Ausweisung von Vorrangflächen

Heike Aichner (Frauenliste) ging als erste Kandidatin auf den Umstand ein, dass die Ausweisung von Windvorrangflächen verpflichtend für die Gemeinden sei: „Wir sind ja zu 99,9 Prozent autark und bräuchten das momentan nicht, aber es gibt ja diese Vorschriften vom Bund, da werden wir momentan nicht auskommen.“ Grundsätzlich sei Windkraft auch gut, sagte Aichner, vor allem im Winter, wenn es weniger Solarstrom gibt.

wo es auch produktiv ist“, sagte er. Grundsätzlich gelte: Wenn sich ein Eigentümer in einem privilegierten Gebiet mit potenziellen Investoren einig wird, hätten Stadt und Landkreis keine Möglichkeit, die Anlage zu stoppen. Im Windvorranggebiet bei Zeholfing und Poldering – wo auch die Stadt mit einem Grundstück vertreten und daher involviert sei – sei „der Investor schon haustüren gegangen“, sagte Lorenz. Er warnte aber davor, Verträge vornehmlich zu unterschreiben: „Ich bezweifle, ob das haltbar ist, womit die auswärtigen Investoren auf Unterschriftenfang gehen.“

Auch die mögliche Höhe der Windräder sprach Lorenz an. Mit einer Nabenhöhe von 200 Metern sei eine solche Anlage mit dem nach oben zeigenden Flügel fast so hoch wie der Münchner Olympiaturm: „Das kann man sich, glaube ich, gar nicht vorstellen.“ Die Frage, ob man vier „Olympiaturme“ in Zeholfing wolle, stelle sich allerdings schon.

Am Ende entscheiden die Grundstückseigentümer

Eine sehr ausführliche Antwort auf eine „komplexe Frage“ gab schließlich Bürgermeister Matthias Kohlmaier (LGM). Auch er wies darauf hin, dass es um rechtliche Rahmenbedingungen gehe, an die jede Gemeinde sich halten müsse. Für die Ausweisung der Windvorrangflächen sei der Regionale Planungsverband Landshut zuständig. Bayern sei als Bundesland verpflichtet, 1,8 Prozent seiner Fläche auszuweisen. Wenn man diese Fläche nicht ausweise, werde die Privilegierung

ausgeweitet: „Man kann dann – überspitzt gesagt – überall Windkraftanlagen bauen“, erklärte Kohlmaier.

Die Vorrangflächen würden Mitte des Jahres final fixiert. Am Ende seien es aber die Grundstückseigentümer, die entscheiden, ob Anlagen gebaut werden: „Wenn man diese 1,8 Prozent ausgewiesen hat, dann hat man als Gemeinde seinen Zweck erfüllt, sozusagen. Ob diese Flächen dann bebaut werden, ist eine zweite Frage.“ Denn enteignen könne man natürlich niemanden.

Darauf aufbauend gäbe es aber auch noch wirtschaftliche Fragestellungen. Ein ganzes Jahr lang würden an einem potenziellen Standort Windmessungen durchgeführt, die letztendlich darüber entscheiden dürften, ob ein Investor eine geplante Anlage auch verwirklicht.

Kohlmaier gab außerdem zu bedenken, dass die aktuelle Bundesregierung schon Anpassungen an dem Gesetz der Ampelregierung plane: „Den Gesetzesentwurf kennt aber noch niemand.“ Der anfängliche „Run“ auf die Grundstücke habe deshalb momentan auch wieder nachgelassen, jetzt sei eine „abwartende Haltung“ zu spüren.

Der „Landi“ als „Beispiel für gelebte Bürgernähe“

Noch ein weiteres Thema hoben die Zuschauer im Polit-Talk auf die Agenda: den Rufbus „Landi“. Mit ihrer Frage sprach Zuschauerin Roswitha Kainzbauer gezielt Thomas Lorenz an, weil er im Kreistag – unter anderem wie AfD-Landratskan-

didat Stephan Protschka und gegen die überwiegende Mehrheit im Gremium – gegen eine Erweiterung des Angebots gestimmt hatte: „Ihre ablehnende Haltung hat nicht nur bei mir selbst Irritation ausgelöst, sondern auch bei anderen Mitbürgern, denn dieser Busdienst ist ein gelungenes Beispiel für gelebte Bürgernähe.“ Von Lorenz wollte sie wissen, womit er seine Gegenstimme begründe.

Lorenz lobte den „Landi“ als „tolle Sache“ – gab aber auch zu bedenken, dass das Angebot „über zwei Millionen an Kreisgeldern verschlingt“. Der „Landi“ fahre von Montag bis Freitag und auch am Samstag. Seine Stimme im Kreistag habe sich aber gegen eine Ausweitung des Angebots am Wochenende gerichtet: „Unter der Woche besteht das Konstrukt ‚Landi‘, aber ich bin definitiv der Meinung, dass in den Jahren, wo die Kreisumlage gestiegen ist, wo sparsam mit dem Kreisgeld umzugehen ist, zu hinterfragen ist, ob wir am Wochenende die Erweiterung des Angebots benötigen.“

Nicht nur gehe es um viel Geld, er habe auch schon gehört, dass ältere Menschen den „Landi“ gar nicht nutzen könnten, weil sie mit der App nicht zurechtkämen. Von anderer Stelle sei ihm außerdem zu Ohren gekommen, dass eine „Landi“-Nutzerin mit dem Rufbus fahre, weil er günstiger als das eigene Auto sei. „Das ist nicht Sinn der Sache“, sagte Lorenz. Der „Landi“ sei nicht für Spazierfahrten da: „Ist es nötig, dass man zum Kaffeetrinken oder zum Freund auf Kosten der Steuerzahler fährt?“

idowa.de/wahl

Kommunalwahlen in Bayern

8. März 2026



Auch CSU-Kandidat Martin Aigner sagte, die Windvorrangflächen würden ausgewiesen, „weil wir vom Gesetzgeber verpflichtet worden sind“. Ob auf den ausgewiesenen Flächen jemals ein Windrad stehe, sei aber „Zukunftsmusik“. Zuerst müsse das Netz entsprechend ausgebaut werden, danach stünden Windmessungen an, die zeigten, ob sich die Fläche überhaupt für einen Investor lohnt. „Das ist noch ein weiter Weg.“

Wie Aigner ging auch Thomas Lorenz auf die Effektivität der Windräder ein: „Wir brauchen selbstverständlich erneuerbare Energie. Aber wir brauchen dort Anlagen,